

Empfehlungen der Bosbach-Kommission zügig umsetzen

Als Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) im Sommer 2017 die Bosbach-Kommission eingesetzt hat, wollte er ein politisches Signal setzen, dass die Innere Sicherheit wieder zu einem zentralen Handlungsfeld der Politik wird. Jetzt liegt der Abschlussbericht vor.

In dem 150 Seiten starken Bericht der Bosbach-Kommission, der in der Anfangsphase auch der damalige GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert und seit Mai 2018 sein Nachfolger Michael Mertens angehört haben, werden zahlreiche Vorschläge zur Modernisierung der Polizeiarbeit gemacht. Von der Forderung

nach erweiterten Ermittlungs-, Durchsuchungs- und Überwachungsbefugnissen über eine personelle Stärkung des Ermittlungsdienstes und eine moderne technische Ausstattung bis hin zur besseren Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die GdP sieht die Empfehlungen als Chance, die Polizei besser auf

die Anforderungen des Internetzeitalters auszurichten und dringt auf deren schnelle Umsetzung.

„Straftaten werden heute immer öfter mithilfe des Internets begangen. Deshalb ist es gut, dass sich die Bosbach-Kommission nicht nur für eine nachhaltige Modernisierung der IT-Technik der Polizei ausgespro-



Nicht über die Polizei reden, sondern mit Ihr – unter diesem Motto haben sich kurz hintereinander der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Kutschaty, und die innenpolitische Sprecherin und parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Düsseldorfer Landtag, Verena Schäffer, mit dem GdP-Landesvorsitzenden Michael Mertens zu einem intensiven Gedankenaustausch getroffen. Die Gespräche waren auf Initiative der beiden Oppositionspolitiker zustande gekommen, die wissen wollten, wie die GdP über die aktuelle Rassismus-Diskussion in den USA, die Black-Lives-Matter-Bewegung und deren Auswirkungen auf die Polizei bei uns denkt. Weitere Themen des intensiven Meinungsaustauschs waren die zunehmende Gewalt gegen die Polizisten in Deutschland und die vor allem von den Grünen geforderte Ausweitung der Aufgaben des Polizeibeauftragten. Michael Mertens hat die Gelegenheit genutzt, um noch einmal darauf hinzuweisen, dass Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Polizei nichts zu suchen haben und dass es wichtig ist, dass die Polizeibehörden konsequent einschreiten, wenn der Verdacht aufkommt, dass einzelne Beschäftigte Nähe zu rechtsradikalen Positionen oder Gruppen haben. Vor allem in der Ausbildung kommt in NRW der Wertevermittlung für die angehenden Polizistinnen und Polizisten ein hoher Stellenwert zu. Handlungsbedarf sieht die GdP hingegen noch in der Fortbildung.



chen hat, sondern auch für neue Eingriffsrechte, um die Täter überführen zu können“, betonte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichts. Auch die im Bericht geforderte bessere personelle Ausstattung der Ermittlungsdienste wird von der GdP ausdrücklich unterstützt. „Sie ist mehr als überfällig“, betonte Mertens. Damit sie nicht zu einer Schwächung der anderen Arbeitsbereiche der Polizei führt, dringt die GdP allerdings darauf, dass die Einstellungszahlen noch einmal erhöht werden, auf 2.700 Anwärterinnen und Anwärter. Eine Maßnahme, die auch wegen der auf fast 20 Prozent gestiegenen Abbrecherquote dringend geboten ist.

Kritisch sieht die GdP dagegen die Überlegungen der Bosbach-Kommission zur Weiterentwicklung des Ausbildungssystems bei der Polizei. Die Ausbildung der Nachwuchspolizisten in einem gemeinsamen Studiengang bewertet die Kommission als „ein gut funktionierendes System“, für dessen Komplettumbau keine Gründe vorliegen. Mehrheitlich hat sich die Kommission dennoch dafür ausgesprochen, die verpflichtende einjährige Verwendung aller Nachwuchspolizisten im Wach- und Wechseldienst aufzuge-

ben, um eine schnellere Spezialisierung zu ermöglichen. Die GdP hält das für falsch. „Die Polizei ist nur dann erfolgreich, wenn alle Bereiche eng zusammenarbeiten. Dass junge Menschen nach dem Studium direkt zur Kripo gehen können, ohne vorher eine Wache von innen gesehen zu haben, würde das verhindern“, betonte Mertens. „Dadurch würden wir den Nachwuchspolizisten ein Stück ihres notwendigen Erfahrungswissens nehmen.“

Ob die Empfehlungen der Bosbach-Kommission umgesetzt werden, hängt jetzt von der Politik ab. Das gilt vor allem für die Forderung nach neuen Eingriffsrechten für die Polizei, wie zum Beispiel den Vorschlag, den Verfassungsschutzbehörden und der Polizei bei relevanten Straftatbeständen einen Zugriff auf verschlüsselte Messenger-Dienste wie WhatsApp zu ermöglichen. Dazu müsste die Gesetzesgrundlage auf der Bundesebene geändert werden. Ob das gelingt, ist fraglich. Im Zusammenhang mit den Missbrauchsskandalen von Lügde, Bergisch-Gladbach und Münster ist in den letzten Monaten allerdings Bewegung in die lange Zeit politisch festgefahrene Diskussion um die Grenzen der Anonymität des Internets gekommen. Die Forderung, dass der Datenschutz nicht länger als Freibrief

für Straftäter missbraucht werden darf, findet in der Politik immer mehr Unterstützer.

Andere Vorschläge, die die Bosbach-Kommission erarbeitet hat, wurden zudem bereits umgesetzt. Zum Beispiel bei der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Dennoch bleibt für die Politik noch viel zu tun. Nicht nur die beiden Regierungsparteien, sondern auch die SPD und die Grünen haben unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichts bereits angekündigt, dass sie sich die Empfehlungen im Detail ansehen und einzelne Forderungen in den Landtag einbringen werden.

Für die Landesregierung hat Ministerpräsident Laschet drei Schwerpunkte genannt, die aus seiner Sicht vordringlich sind: Erstens der Vorschlag der Kommission, Fotos von Tatverdächtigen häufiger als bislang für eine Öffentlichkeitsfahndung zu nutzen, zweitens eine bessere Kartografierung von Funkzellen für die Ortung von Straftätern und drittens die bessere Nutzung von DNA-Spuren zur Täterermittlung. Auch andere Forderungen wie die Bekämpfung der Geldwäsche durch Einführung einer neuen Obergrenze für die Bargeldzahlung beim Kauf von Autos und Immobilien haben offenbar gute Chancen, umgesetzt zu werden. ■

Die eigentliche Arbeit fängt jetzt erst an



Wer einen großen Wurf erwartet hat, vier oder fünf zentrale Thesen, die sich schnell umsetzen lassen – und dann ist die Welt wieder in Ordnung-, muss sich vom Bosbach-Bericht enttäuscht sehen. Aber so einfach ist die Welt nicht. Auch wenn vielen der Bosbach-Bericht vielleicht zu kleinteilig erscheinen mag, gerade in seiner Detailtiefe, in dem ernsthaften Bemühen, den zahlreichen Kriminalitätsformen im Detail auf die Spur zu gehen und präzise zu beschreiben, wie sie durch veränderte Einsatzstrategien und -konzepte nachhaltig bekämpft werden können, liegt der Wert des Abschlussberichts der Bosbach-Kommission. Einschließlich der Forderungen nach einer besseren Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Kommunen, und nach neuen Eingriffsbefugnissen, wo das erforderlich ist. Aber auch nach einer deutlich besseren personellen Ausstattung der Ermittlungsdienste. Hinzu kommt die überparteiliche Zusammensetzung der Bosbach-Kommission, in der hochkarätige Experten mitgearbeitet haben, und nicht Parteipolitiker. Beides zusammen macht den Wert des Abschlussberichts aus, von dem auch bundesweit Impulse ausgehen werden.

Jetzt geht es um die Umsetzung. Das setzt viel Arbeit voraus. Aber die Arbeit lohnt, wenn die Polizei wirklich im 21. Jahrhundert ankommen soll.

Trotzdem stehen die Chancen nicht schlecht, dass der Bosbach-Bericht nicht das gleiche Schicksal wie vieler seiner Vorgängerberichte erleiden wird: Klug erdacht und dann in der Schublade verschwunden. Die GdP wird darauf achten, dass das nicht passiert!

Michael Mertens,
Landesvorsitzender

Schattenseite des Pedelec-Booms

In den vergangenen zwei Jahren haben sich die Verkaufszahlen für Pedelecs in Deutschland mehr als verdoppelt. 2019 wurden 1,36 Millionen verkauft. Jedes dritte verkaufte Fahrrad in Deutschland war damit eines mit Elektrounterstützung. Das Image hat sich komplett gewandelt: Vom als „Rentnermühle“ belächelten Nischenprodukt zum schicken Lifestyle-Accessoire. Auch 2020 wird sich dieser Trend wohl fortsetzen. Fahrradhändler gehören zu den wenigen Branchen, bei denen die Corona-Pandemie allenfalls zu Lieferengpässen, nicht aber zu Auftragseinbrüchen führt. Doch der Pedelec-Boom hat auch seine Schattenseiten.

Für die Verkehrssicherheit ist der hohe Anteil der Pedelecs zunehmend eine Herausforderung: Während sich die Zahl der verunglückten Radfahrer in NRW im vergangenen Jahr mit 15.577 gegenüber 2016 kaum verändert hat, hat sich die Zahl der verunglückten Pedelecfahrer und -fahrerinnen im gleichen Zeitraum um 154 Prozent auf 2.683 Unfallopfer gesteigert. Für die ersten vier Monate 2020 ergibt sich mit 763 verletzten Pedelecfahrern ein ungebrochener Trend: plus 51 Prozent.

Diese Entwicklung steht in deutlichem Kontrast zur Unfallentwicklung insgesamt: Bei allen Verunglückten im Straßenverkehr weist die Statistik der ersten vier Monate 2020 für NRW ein Minus von 17,8 Prozent aus. Davon profitieren ausnahmslos alle Verkehrsteilnehmer – außer den Fahrern von Pedelecs. Selbst die Zahl der verunglückten Radfahrer ohne Elektrounterstützung sank leicht um 1,2 Prozent. Trotz des Fahrrad-Booms.

Die Zahlen zeigen deutlich, dass alle Verantwortlichen bei der Verkehrssicherheitsarbeit nachbessern müssen. Auch die Polizei muss sich stärker auf die schwächeren Verkehrsteilnehmer konzentrieren: Zwar bestimmen Pkw noch immer das Geschehen, wenn es um die Zahl der Unfälle geht. Bei den Verunglückten hat sich das Bild in den letzten Jahren aber gewandelt. Am deutlichsten wird das bei einem Blick auf die Getöteten: 2016 standen in NRW 225 getöteten Pkw-Insassen 162 getötete Fußgänger und

Fahrradfahrer gegenüber. 2019 starben 170 Personen im Pkw – gegenüber 163 getöteten Fußgängern und Fahrradfahrern. ■

Anstieg um 150 Prozent

Während Autofahren immer sicherer wird, stagniert die Zahl der verunglückten Radfahrer auf konstant hohem Niveau. Bei den Pedelecs hat sie sich sogar mehr als verdoppelt.

Verletzte Rad- und Pedelecfahrer in NRW

Radfahrer ohne Pedelecs	2016	15 653
	2017	14 964
	2018	16 751
	2019	15 577
Pedelecfahrer	2016	1056
	2017	1370
	2018	2098
	2019	2683

Quelle: IT NRW



Betriebs- und Abteilungsausflüge

Das ganz besondere Ferienhotel für alle Jahreszeiten



Sie finden Ruhe, Komfort und Gastfreundschaft, eine gemütliche Raucherlounge, eine Bibliothek, auf Wunsch Allergikerzimmer und Betten mit 2.10 m Länge. Hunde sind bei uns willkommen. Das im Indoorbereich wetterunabhängige Freizeitangebot gilt als einzigartig. Sehen Sie selbst:

OUTDOOR. In unserer wunderschönen Umgebung im Emsland oder auf dem ferierechten und weitläufigen Hotelgelände:

- Floßfahrten auf der Hase
- Angeln (mit Angelschein)
- Radtouren (Fahrräder kostenfrei)
- Wanderungen
- 3 Golfplätze (im 30 Min. Umkreis)
- Reiten (Pferdeinstellungen)
- Bauernolympiade
z.B. Wettmelken, Schubkarrenrallye, Mistgabelwerfen, Wettagneln, Hufeisenweitwurf, Eierlaufen u.v.m.
- Boßeln · Planwagenfahrten
- Brauereibesichtigung
z.B. Berentzen/Äpfelkorn

INDOOR. Alle sportlichen Aktivitäten einschl. Wellnessbereich für unsere Übernachtungsgäste **All Inclusive:**

- Bullriding
- Bowling auf 2 Bowlingbahnen
- Hallenfußball (Platz 15 x 10 m)
- Basketball (Platzgröße 15 x 10 m)
- Indoor-Leinwandgolf auf 32 Plätzen
- Putting Green (verstellbare Breaks)
- Boxautomat
- Motorradfahren am Simulator
- Kickern
- Dart · Air Hockey
- Billard
- Muckibude (diverse Fitnessgeräte)
- Tischtennis
- Tennis (2 Hallenplätze)
- Tanzen / Disco in der wahrscheinlich schönsten Bar im Emsland
- Wellnessbereich:
- Schwimmbad (12,00 x 7,00 m)
- Saunalandschaft (3 Saunen)
- Ruheräume (Innen und Außen)
- Beauty Bereich (Massagen und das komplette Verwöhnprogramm)
- Solarium

Direktbücher erhalten 5 % Rabatt
Stornierungen jederzeit und kostenfrei
Ansprechpartner: Rezeption
Telefon: 05962 / 9348-0
Email: info@aselager-muehle.de
www.aselager-muehle.de



Romantik Hotel
Aselager Mühle
Erholung · Tagung · Sport und Spaß



„Man muss nicht alles wissen, man muss nur wissen wo es steht. Und zwar meistens im Fachhandbuch, das ich von der GdP erhalten habe. Noch wichtiger waren für mich die Kolleginnen und Kollegen der JAV und Jungen Gruppe, die uns jederzeit unterstützt haben.“

Sarah Kramer, Kreisgruppe Bochum, Einstellungsjahrgang 2011

Studium unter Corona-Bedingungen: Worauf kommt es an? Was muss ich beachten?

Ab dem 1. September beginnt für 2.560 Anwärterinnen und Anwärter in NRW das Studium zur Polizeivollzugsbeamtin bzw. zum -beamten. Auf die jungen Nachwuchspolizisten warten drei spannende Jahre, in denen sie in Theorie-, Trainings- und Praxisphasen alles lernen, was sie für einen erfolgreichen Berufsstart bei der Polizei brauchen. Doch in diesem Jahr ist vieles anders. Denn die Corona-Pandemie macht auch vor der Polizei nicht halt.

Präsenzveranstaltungen unter ungewöhnlichen Bedingungen

Bis Mai kommenden Jahres verbringen die neuen Kommissaranwärterinnen und -anwärter die erste Phase ihrer Ausbildung an der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HSPV), unterbrochen lediglich durch einen ersten Trainingsblock am LAFP. Wie an allen anderen Hochschulen gelten auch an der HSPV besondere Abstands- und Hygieneregeln, aber der Lehrbetrieb findet zunächst einmal als „normaler“ Präsenzbetrieb statt. Dies kann sich zwar noch mal ändern, wenn es neue Infektionszahlen gibt und der Lehr-

betrieb auf ein Teilpräsenz-Konzept umgestellt oder in eine komplette Online-Lehre wechseln muss, aber auch darauf ist die Polizei vorbereitet.

Auch die weiteren Ausbildungsschritte bei den beiden anderen Ausbildungsträgern, die Trainingsphasen am LAFP und die Praktika bei den Ausbildungs- und Kooperationsbehörden sollen zunächst wie geplant stattfinden. Auch hier gelten natürlich die besonderen Abstands- und Hygieneregeln. Für die Studierenden bedeutet das, dass ihre Ausbildung zum Polizeikommissar gesichert ist und dass sie sich auf das konzentrieren können, was wirklich zählt, nämlich den Einstieg in ihren neuen Beruf.

Hilfe und Unterstützung von Anfang an

Die Ausbildung zum Polizisten ist spannend und interessant, trotzdem sollte niemand das Studium auf die leichte Schulter nehmen. Denn nicht alle, die am 1. September ihr Bachelorstudium bei der Polizei beginnen, werden es am Ende erfolgreich abschließen.

Trotzdem sind die Anforderungen zu schaffen: Wer von Beginn an am Ball bleibt und sich reinkniet, wird eine gute und erfolgreiche Studienzzeit haben. Und vor allem gilt: Niemand ist bei seiner Ausbildung zur Polizistin oder zum Polizisten auf sich alleine gestellt, sondern die GdP begleitet alle angehenden Nachwuchspolizisten von Anfang an durch den Ausbildungsalltag und hilft bei Fragen und Problemen.

Studium meistens direkt vor Ort

Die meisten der 2560 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die am 1. September ihr Bachelor-Studium für den Polizeivollzugsdienst begonnen haben, studieren am dem Ort, an dem auch ihre Ausbildungsbehörde liegt. In Bielefeld, Duisburg und Köln werden die Anwärter auf zwei Hochschulstandorte verteilt.

Verteilung des Einstellungsjahrgangs 2020 auf die Standorte der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV)

Ausbildungsbehörde	Anwärter	Hochschulstandort
Aachen	203	Aachen
Bielefeld	215	Bielefeld (165), Münster (50)
Bonn	132	Köln
Dortmund	285	Dortmund
Duisburg	278	Duisburg (153), Mülheim a.d.R. (125)
Düsseldorf	375	Mülheim a.d.R.
Gelsenkirchen	284	Gelsenkirchen
Hagen	243	Hagen
Köln	337	Köln (323), Aachen (14)
Münster	208	Münster

Quelle: Innenministerium NRW



Unser Angebot an alle angehenden Polizisten

Gerade am Anfang prasseln viele Infos auf euch ein, daher haben wir alle wichtigen Infos unter polizei-bachelor.nrw zusammengestellt: Welche Termine solltet ihr nicht verpassen? Wichtige Fakten für das Studium. Interessante Broschüren und Flyer oder Infos zur GdP-Klausurvorbereitung. Klickt euch durch und bringt euch immer auf den neuesten Stand!

An allen Studienstandorten findet ihr zudem kompetente Ansprechpartner der GdP, die euch jederzeit unterstützen und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch der Personalrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist für euch vor Ort da. Sprecht uns einfach an! ■



„Zu Beginn war alles neu und ich brauchte Zeit, um mich zu orientieren. Doch die Puzzleteile setzten sich zunehmend zusammen und mit jedem Tag ist die Vorfreude gestiegen, bald dauerhaft auf Streife zu sein.“

Matthäus Terlau, Kreisgruppe Neuss, Einstellungsjahrgang 2013



„Während des Studiums habe ich über den DGB an einer Gedenkstättenfahrt in Auschwitz teilgenommen. Die GdP hat mir alles erklärt, was ich zum Thema Bildungsurlaub wissen musste!“

Eva Ring, Kreisgruppe Recklinghausen, Einstellungsjahrgang 2011



„Das erste Jahr bei der Polizei bestand aus einer Vielzahl von neuen Eindrücken und tollen Erfahrungen, die man unbesorgt auf sich zukommen lassen sollte. Als Vorsitzender der Jungen Gruppe in Bonn hat es mich besonders gefreut, wenn ich jüngeren Kolleginnen und Kollegen mit dem Rückhalt der gesamten GdP bei ihren Sorgen und Nöten beratend zur Seite stehen konnte.“

Norman Ertel, Kreisgruppe Bonn, Einstellungsjahrgang 2015

Anzeige

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!

klinik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner

Deutsche
Sporthochschule Köln
German Sport University Cologne

Deutsches
Rotes
Kreuz

HOCHSCHULE
FRESENIUS
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0

www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de



Die Langzeitkonten kommen – endlich! Jetzt geht es um die Rahmenbedingungen

Nach langem Zögern hat auch die Politik die Vorzüge von Langzeitkonten erkannt: In einer Anfang August veröffentlichten Pressemitteilung hat Innenminister Herbert Reul (CDU) angekündigt, dass bei der Polizei in NRW zeitnah Langzeitkonten eingeführt werden sollen, auf denen die Polizistinnen und Polizisten Arbeitszeit von bis zu einem Jahr ansparen können, um sie später wieder abzufeiern. Das soll sowohl als Freistellung von bis zu sechs Monaten am Stück als auch durch Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit möglich sein.

Reul greift damit eine langjährige Forderung der GdP auf, die sich immer wieder für Langzeitkonten starkgemacht hat, um so die extreme Belastung durch die zahlreichen Überstunden bei der Polizei zu verringern

und Ausgleichsansprüche der Betroffenen abzusichern. „Es ist gut, dass Minister Reul jetzt den Mut gefunden hat, bei den Langzeitkonten nach vorne zu gehen“, hatte GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens in einer ersten Reaktion nach Bekanntwerden der Pläne erklärt. „Er setzt damit ein Versprechen um, das uns die Landesregierung bereits vor zwei Jahren bei den Besoldungsverhandlungen gegeben hat“, betonte Mertens.

Damit die Langzeitkonten ein Erfolg für die Beschäftigten werden, müssen allerdings die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört für die GdP auch eine großzügige Regelung für die Übertragung der bereits vor der Einführung der Langzeitkonten aufgelaufenen Überstunden. „Wenn meine Kolleginnen und Kollegen ihre Altstunden nicht auf die neuen Kon-

ten übertragen dürfen, bringt das nichts für die Reduzierung des aktuellen Überstundenbergs“, betonte Mertens. Zudem dringt die GdP darauf, dass die Nutzung der Langzeitkonten für die Beschäftigten freiwillig bleibt. Langzeitkonten dürfen kein Freifahrtschein sein, um gesetzliche Schutzbestimmungen wie die Höchst-arbeitszeit zu unterlaufen. Und sie müssen perspektivisch auch für die Verwaltungsbeamten und die Tarifbeschäftigten bei der Polizei gelten.

Für die schwarz-gelbe Landesregierung sind die Langzeitkonten Teil der gerade angelaufenen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Dort wird sich die GdP auch für eine deutliche Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Beamten von jetzt 41 Stunden starkmachen. ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 7.9. Friedrich Hausmann, Oerlinghausen
- 9.9. Walter Tritt, Dortmund
- 20.9. Hans Schwabe, Hagen
- 24.9. Karl-Heinz Gosejacob, Uelsen
- 27.9. Herbert Schulz, Herne
- 28.9. Franz Kreisel, Wesel

91. Geburtstag

- 7.9. Irmgard Adria, Bochum
- 10.9. Josef Kallage, Brühl
- 12.9. Mathilde Werner, Bad Salzuflen
- 14.9. Gerhard Weiß, Wuppertal
- 17.9. Heinz Rosenow, Bad Honnef
- 20.9. Gerhard Effenberger, Herten
- 26.9. Gisela Steinert, Gelsenkirchen
- 27.9. Horst Schmidt, Versmold

92. Geburtstag

- 15.9. Egon Mengede, Gelsenkirchen

- 18.9. Anneliese van Eesbeeck, Mönchengladbach
- 23.9. Hannelore Killing, Solingen
- 28.9. Maria Schippers, Mönchengladbach

93. Geburtstag

- 17.9. Ilse Drechsler, Minden
- 21.9. Annelore Hagel, Aachen
- 24.9. Franz Stamm, Düsseldorf

94. Geburtstag

- 8.9. Hans Doll, Köln
- 16.9. Martha Günther, Euskirchen

96. Geburtstag

- 12.9. Edith Felsner, Duisburg

97. Geburtstag

- 20.9. Elisabeth Böhm, Münster
- 22.9. Franz Hupe, Duisburg
- Hildegard Machholz, Recklinghausen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der Oktober-Ausgabe ist der 9. September.

**Der GdP Reiseservice -
DAS Reisebüro
für GdP-Mitglieder
und deren Angehörige,
denn hier zahlt sich
Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!**



**Unsere Hotline:
0211/29101 - 60
www.gdp-reiseservice.de**

**pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf**



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im September
erhalten einen Douglas-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 50278, Rhein-Erft-Kreis
45 48180, Essen/Mülheim
45 11584, Recklinghausen

GdP fordert besseren Schutz bei Spuckattacken

Die Übergriffe am Frankfurter Opernplatz bestätigen ein Bild, das die GdP in der jüngsten Vergangenheit immer häufiger beobachtet und angemahnt hat: Die Übergriffe auf diejenigen, die sich täglich für unsere Freiheit und Sicherheit einsetzen, häufen sich. Dabei wird die Grundhaltung gegenüber den Einsatzkräften immer aggressiver. Insbesondere in der aktuellen Pandemiephase mehren sich auch Übergriffe, bei denen Kolleginnen und Kollegen gezielt angespuckt werden, ohne dass der Dienstherr darauf angemessen reagiert.

Nach einer Spuckattacke steht den betroffenen Polizisten zwar die Möglichkeit offen, Schmerzensgeldansprüche gerichtlich feststellen zu lassen, häufig scheitert deren Umsetzung aber an der Vermögenslosigkeit des Täters. Das Land NRW hat aus diesem Grund im Jahre 2016 den § 82 a Landesbeamtengesetz NRW geschaffen, nach dem in diesen Fällen das Land die Ansprüche der Beamten auf Schmerzensgeld ausgleicht, die entsprechende Vorschrift benennt aber eine Reihe von Rechtsverletzungen, bei denen dies möglich ist. Anspucken wird von den Gerichten meist als Beleidigung qualifiziert, sodass es nicht unter diese Voraussetzungen fällt. In der Folge bleiben die betroffenen Kolleginnen und Kollegen auf ihren Schmerzensgeldansprüchen sitzen.



Die GdP hält diese Bewertung für nicht akzeptabel. Wir haben deshalb in einem Brief Innenminister Herbert Reul aufgefordert, sich schützend vor die Kolleginnen und Kollegen zu stellen und auch in diesen Fällen die Übernahme des Anspruches durch das Land zu gewährleisten. Dazu ist eine entsprechende Anpassung des Landesbeamtengesetzes erforderlich. Weil es er-

fahrungsgemäß dauert, bis das Gesetz geändert worden ist, haben wir den Innenminister zudem aufgefordert, bis dahin eine Regelung im Wege eines Erlasses auf den Weg zu bringen. Das gebietet schon die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Und es wäre ein wichtiges Signal im Hinblick auf die Forderung nach mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften. ■

Nachrufe

Ralf Dovern	29.08.1963	Aachen	Horst Rother	10.03.1939	Herford
Werner Dauer	23.03.1942	Bochum	Christel Müer	15.12.1940	Hochsauerlandkreis
Karl Loosen	16.01.1950	Bonn	Dieter Becker	31.03.1943	Innenministerium NRW
Norbert Richter	05.07.1946	Dortmund	Hans Becker	15.04.1923	Köln
Gerhard Hürtgen	21.08.1957	Duisburg	Martha Krusche	01.03.1925	Köln
Matthias Heck	02.08.1942	Düren	Elisabeth Mittelstädt	19.03.1930	LKA
Wilhelm Petersik	21.03.1929	Düsseldorf	Karl-Heinz Kirsebauer	21.08.1951	Märkischer Kreis
Bernd Nimmergut	10.08.1943	Essen/Mülheim	Karl Berchter	22.09.1929	Mönchengladbach
Manfred Thesing	14.10.1943	Essen/Mülheim	Siegfried Rütten	17.09.1948	Mönchengladbach
Heribert Hertel	13.03.1937	Euskirchen	Manfred Hübner	16.04.1931	Oberhausen
Manfred Blaskowitz	06.09.1943	Gelsenkirchen	Eberhard Meyer	13.12.1933	Rhein-Erft-Kreis